

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 32 (1991)
Heft: 10

Vorwort: Liebe Leser
Autor: Brügger, Christian

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

können, so dass sich deren Investitionen auch ausbezahlen». Es sei Aufgabe der künftigen Regierung, Minimalpreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse festzulegen.

Gesamthaft lehnt die Unita jeglichen Staatsdirigismus in der Wirtschaft des Landes entschieden ab. Savimbi sieht nur in einem nachhaltigen Abbau der Staatswirtschaft die Möglichkeit, Angola wiederaufzubauen. Die private Initiative und das private Unternehmertum müssten ermuntert und gefördert werden. Dem Unita-Anführer schweben Klein- und Mittelbetriebe vor. «Eine in Berufsschulen gut ausgebildete Mittelschicht, die für die politische Stabilität im Angola von morgen von grosser Bedeutung sein wird.» Fachleute aus dem Ausland seien beim Wiederaufbau unabdingbar.

Laut der Unita fehlt der angolanischen Schwerindustrie «nahezu jegliche Infrastruktur, was die Arbeitskräfte, Kapital und industrielle Einrichtungen anbelangt». Die Rohstoff-, Mineralienförderung sei kostspielig, weshalb eine «adäquate Politik notwendig ist»: Ausländische Investitionen seien erwünscht, doch müssten vorerst die Bedingungen geschaffen werden, die ihnen auch Gewinne garantierten. Erforderlich sei auch, dass einheimische Arbeitskräfte in diesem Wirtschaftszweig ausgebildet würden. Die «Funktionen des Staates und der Privatwirtschaft im Bereich der Erdöl- und Bergbau-

industrie müssen genauestens definiert, abgegrenzt werden.»

Zu Ende der Kolonialzeit (1975) verfügte Angola über 80 000 Kilometer befestigte Strassen. Diese sind auf 37 000 Kilometer «geschrumpft». Für die Wiederherstellung des Strassen- und Eisenbahnnetzes (unter anderem 1300 Kilometer Benguelalinie vom Atlantikhafen Lobito nach Luau bzw. Zaire und Sambia) werde ebenfalls Beistand aus dem Ausland erforderlich sein.

Für das «Angola der Zukunft» stehe Erziehung an oberster Stelle. Es gelte, das Analphabetentum «auf jeder Stufe zu besiegen». Die Schulausbildung solle «frei und demokratisch» sein. Von «religiösen Organisationen» geleitete Privatschulen würden von der Unita unterstützt, «solange sie sich an die von der Regierung erlassenen Regeln und Lehrpläne hielten».

Vor 26 Jahren war ein Angolaner nach Bern gekommen, um sich bei den eidgenössischen Behörden dafür zu bedanken, dass er an der Universität in Lausanne hatte studieren und in Politischen Wissenschaften doktorieren können. Ein junger Beamter empfing ihn damals und nahm den Dank entgegen. Jetzt sahen sie sich wieder in Bern, und es war ein fester Händedruck zwischen Jonas Savimbi und alt Staatssekretär Raymond Probst.

Jakob Baumgartner

LIEBE LESER

In der akutesten Krise, die Jugoslawien bisher heimgesucht hat, halten wir eine sozusagen bestätigende Nachschau über das dortige Föderationsproblem, das nicht mehr lösbar zu sein scheint (S. 7).

Der Ausnahmezustand mit militärischer Herrschaft wäre zwar geeignet, die zentrifugalen Kräfte momentan zusammenzuhalten, das heisst niederzuhalten, aber damit wäre weder der angeschlagenen Wirtschaft geholfen, noch käme die überfällige Ablösung der politischen Ordnung zustande, es sei denn auf die falsche, grossserbische Tour.

Oder können westeuropäische Vermittlungsangebote noch etwas bringen? Sie kommen sehr spät, und sie haben ihre Glaubwürdigkeit erst noch zu erbringen, nachdem Westeuropa grosso modo immer auf eine Stabilität gesetzt und gehofft hatte, die zur Hauptsache der Belgrader Lesart entsprach. Das nahm sich nach hiesigen Kriterien vernünftig genug aus, aber es sind die zerrissenen Gegebenheiten der dortigen Realität, die am Ende der sozialistischen Ära wirksam werden. Nicht nur die Staatsbürger pochen auf ihre Mündigkeit, sondern auch die Völker, wenn sie zuvor nur durch Diktatur zur Einheit gebracht worden waren.

Analoges gilt grundsätzlich für die sowjetische Unionsproblematik, wiewohl dort nicht nur die Dimensionen ganz anders sind, sondern auch die historischen Beharrungskräfte. Die slawischen Kernlande haben einen Bestand von etlichen Jahrhunderten, während Jugoslawien ein ausgehandeltes Produkt des Ersten Weltkrieges ist. Und selbst der evolutionswidrige Sozialismus besteht im seinerzeitigen Sowjetrußland und der späteren UdSSR seit 1917 und nicht erst – wie in Jugoslawien – seit 1945.

Dennoch: Die Fragen, die sich stellen, sind von erkennbarer Verwandtschaft. Zwei Hauptmotive prägen die unmittelbare Gegenwart, einerseits die Separation der Randvölker (die im Kaukasus eben jetzt blutig disharmonisch verläuft) und die Emanzipation des russischen Hauptvolkes, für welche die Übernahme der Bergwerke durch die RSFSR von der UdSSR ein Symptom ist. In keinem Aspekt der multifaktoralen Krise gewährleistet die nationale Wiedergeburt der slawischen wie der nichtslawischen Völker eine Lösung, aber ausserhalb der nationalen Neufindungen gibt es keine Lösung mehr. Das Prinzip des kleineren Übels erheischte zu Beginn der Perestrojka eine politisch und gesellschaftlich umgestaltete Sowjetunion; jetzt erheischt es die Voraussetzung befreiter Völker.

Christian Brügger

Siegesgewiss

Jonas Savimbi und José dos Santos unterzeichnen am 30. Mai das formelle, von der ehemaligen Kolonialmacht Portugal in einjährigen Verhandlungen vermittelte Waffenstillstands- beziehungsweise Friedensabkommen. Sein Zustandekommen führt der Unita-Anführer unter anderem auf die Umwälzungen in der Sowjetunion, den ehemaligen Sowjetblockstaaten und das auf Kooperation bedachte neue Verhältnis zwischen Washington und Moskau zurück. Die Unita akzeptiere Dos Santos und seine vom Volk ebenfalls nicht legitimierte Regierung während der Übergangszeit als «blosse Verwalter»; die Unita wolle nicht für Misswirtschaft der MPLA verantwortlich gemacht werden.

Der Unterzeichnung des Abkommens werden auch der amerikanische und der sowjetische Aussenminister, James Baker und Alexander Bessmertnych, sowie UNO-Generalsekretär Pérez de Cuéllar beiwohnen.

Savimbi ist überzeugt davon, dass seine Unita-Bewegung aus den ersten freien Wahlen als Sieger hervorgehen wird. Die Wahlen unter UNO-Aufsicht haben bis spätestens November 1992 stattzufinden, doch werden sie wahrscheinlich wegen der im Oktober beginnenden Regenzeit schon im September abgehalten.

Die Armeen der Unita und der MPLA würden aufgelöst. Für die Übergangszeit bis zu den Wahlen werde eine «Embryo-Armee» geschaffen. Es sei hernach an der neuen, durch das Volk legitimierten Regierung, eine nationale Streitmacht von 40 000 bis 50 000 Mann aus beiden (früheren) Armeen aufzubauen. Als Instruktoren der künftigen Armee könnte sich Savimbi Briten, Marokkaner oder Portugiesen vorstellen. Er selbst bevorzuge britische oder marokkanische Ausbilder. Gemäss dem Friedensabkommen haben alle ausländischen Militär- und Polizei-«Berater» Angola zu verlassen.

(j. b.)